

EP-S-01-183 Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)

Änderungsantrag zu EP-S-01

Von Zeile 183 bis 198:

Transatlantische Partnerschaft erhalten Die transatlantische Partnerschaft ist in einer tiefen Krise. Der amerikanische Präsident vertieft diese mutwillig. Seine Präsidentschaft bringt massive Rückschritte beim Klimaschutz, bei der Anerkennung des Völkerrechts und der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen. Er versteht Europa als wirtschaftlichen Gegner und setzt auf eine nationalistische Strategie. Darauf braucht es eine geschlossene Antwort der EU-Mitgliedstaaten. Die EU darf sich von Präsident Trump nicht spalten lassen. Nur so kann Europa sich selbst behaupten. Dennoch ist die Partnerschaften hinterfragen

Die transatlantische Partnerschaft für uns ein zentraler Bezugspunkt europäischer Außen ist in einer tiefen Krise. Der amerikanische Präsident vertieft diese mutwillig. Seine Präsidentschaft bringt massive Rückschritte beim Klimaschutz, bei der Anerkennung des Völkerrechts und Sicherheitspolitik der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen. Die US-Administration versteht Europa als wirtschaftlichen Gegner und setzt auf eine nationalistische Strategie. Militärische und andere Drohungen und wirtschaftliche Erpressung, ohne Rücksicht auf die Interessen anderer, werden zunehmend zum bevorzugten Mittel US-amerikanischer Außenpolitik. Darauf braucht es eine geschlossene Antwort der EU-Mitgliedstaaten. Die EU darf sich von Präsident Trump und seiner Administration nicht spalten lassen. Nur so kann Europa sich selbst behaupten.

Die europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss sich an der Wahrung des Interesses an Frieden, der Erhaltung der natürlichen Ressourcen, und des Kampfes gegen den Klimawandel orientieren. Aber die USA sind auch mehr als ihr derzeitiger Präsident. Eine enge Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Partnern und Netzwerken mit progressiven Kräften im Land, die eine soziale, ökologische, friedliche und menschenrechtsbasierte Politik verfolgen, bleiben wesentlicher Pfeiler unserer Politik darf nicht der aktuellen US-Politik zum Opfer fallen. Daher sollte die Europäische Union viel stärker auf eine Zusammenarbeit mit den US-Bundesstaaten sowie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, vor allem in den Bereichen Bildung, Energie, Ökologie, Frieden, Klimaschutz sowie Digitalisierung, Soziales setzen.

Begründung

Die Grüne Haltung zur europäischen Außenpolitik und Partnerschaften muss sich an inhaltlichen Zielen orientieren. Eine pragmatische Politik zur Rettung des Planeten, Erhaltung des Friedens und der Herstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen auf der Welt schließt eine Partnerschaft „a priori“ aus. Politische Blankoschecks sind ein außenpolitischer Fehler, vgl. die Entwicklung vor dem 1. Weltkrieg.

weitere Antragsteller*innen

Gerd Kauschat (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Kerstin Dehne (München KV); Berti Furtner-Loleit (München KV); Walther Moser (Freiburg KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Olaf Weber (Weimar-Stadt KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Sava Stomporowski (Bonn KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Peter Kallusek (Südliche Weinstraße KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV)